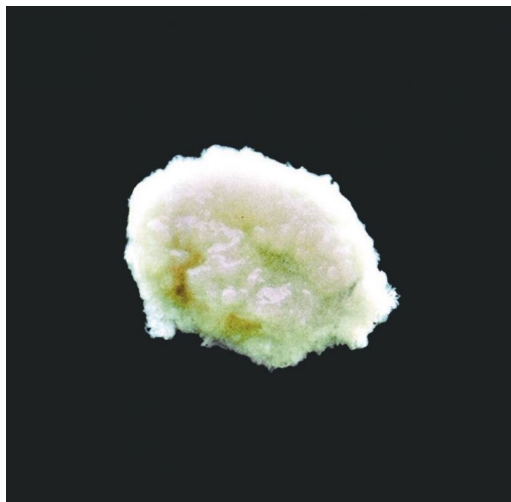


Ausgabe Nr. 42/2023 vom 17.10.2023, Fotos: AdobeStock, gynmed.at



Ungewollt schwanger Das große Tabu

Die Einführung der Fristenregelung im Jahr 1975 war umstritten. Auch knapp 50 Jahre später werden Schwangerschaftsabbrüche noch immer nicht als normale Gesundheitsleistung gesehen. Experten fordern ein Ende der Bevormundung und Stigmatisierung der Frauen.



2 x 3 cm – der Fruchtsack in der 6. Schwangerschaftswoche.

Das Drama ist, dass wir uns seit der Einführung der Fristenlösung im Kreis drehen und nichts weitergeht“, sagt der Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, DDr. Christian Fiala, 64. „Es scheitert daran, dass wir immer noch traditionell ein katholisches Land sind, auch wenn die Kirche an Einfluss verliert und wir immer noch dieses frauenbevormundende Weltbild leben“, glaubt Fiala zu wissen, warum ein Schwangerschaftsabbruch auch im Jahr 2023 nach wie vor ein Tabu ist. Dazu komme, dass sich beim öffentlichen Diskurs im Land „primär berufliche Unerfahrene und persönlich nicht Betroffene zu Wort melden“.

In Vorarlberg droht eine Versorgungslücke



Verhütungsexperte
DDr. Christian Fiala.

Der Zugang zu Abtreibungen ist schwierig. Im Burgenland etwa gibt es weder eine Klinik noch einen Arzt, der Schwangerschaftsabbrüche vornimmt. „Weil die Anonymität der Frauen in den Krankenhäusern dort nicht gewährleistet werden kann, wie Burgenlands Landeshauptmann Hans Peter Doskozil behauptet. Das ist nur eine Ausrede“, sagt Fiala. Im Salzburger Landeskrankenhaus, wo er als ärztlicher Leiter des Gynmed-Ambulatoriums tätig ist, würden seit 2005 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen, „und das funktioniert sehr gut“.

Auch in Vorarlberg wird dringend nach einer Lösung gesucht, denn der einzige Gynäkologe im Ländle, der Schwangerschaftsabbrüche vornimmt, ist mittlerweile 71 Jahre alt und möchte mit Jahresende endlich in Pension gehen. Die Suche nach einem Nachfolger gestaltete sich aber schwierig, bestätigt Dr. Benedikt-Johannes Hostenkamp.

„Diese Tätigkeit ist weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich interessant, das ist ein großes Problem.“ Potenzielle Kandidaten würde er gegebenenfalls beratend unterstützen, aber „viele scheuen sich, selbstverantwortlich zu operieren. Sie müssen dahinterstehen und da fehlt es eben am Mut der jungen Kollegen“, weiß Hostenkamp.

Fiala, der die Situation in Vorarlberg gut kennt, formuliert es drastischer. „Die Gynäkologen dort sind durch die Bank feig.“ Er schränkt aber ein, dass es zu

viele Restriktionen für die betreffenden Ärzte gebe.

Fiala bekrittelt Frauenfeindlichkeit der Gesellschaft

Wie groß die gesellschaftliche Ächtung gerade im ländlichen Bereich ist, hat Hostenkamp erfahren, als er auf der Suche nach passenden Ordinationsräumen war. „Jeder weiß, dass eine Feuerwehr notwendig ist, aber keiner will die Räume dafür zur Verfügung stellen“, erzählt er.

Auch seine Patientinnen bekämen diese zu spüren, unter anderem durch die Anwesenheit der „Bordsteinberater“, wie der Gynäkologe die Abtreibungsgegner vor seiner Bregenzer Klinik bezeichnet. Sie würden sich gerne auf die Meinungsfreiheit berufen, aber weder die Berufsfreiheit noch das Recht auf körperliche Integrität der Frauen sehen. Er selbst sei schon mehrfach bedroht worden, auch mit dem Erschießen. Probleme mit Abtreibungsgegnern kennt auch Fiala gut. „Seit 20 Jahren betreibe ich das Gynmed-Ambulatorium in Wien und seit 20 Jahren gibt es Diskussionen. Alleine, dass man darum kämpfen muss, dass Frauen einen ungehinderten Zugang zu einer Gesundheitseinrichtung haben, zeigt die Frauenfeindlichkeit unserer Gesellschaft“, betont Fiala. Auf vielen Ebenen werden Frauen in den intimsten Lebensbereichen bevormundet, denn es sei, laut Fiala, rational nicht erklärbar, warum Verhütung nicht auf Krankenkassenkosten geht. „Schließlich haben Frauen und Männer gemeinsam Sex, aber die Kosten bleiben an den Frauen hängen. Grundsätzlich ist die Häufigkeit von Abbrüchen davon abhängig, wie gut in einem Land verhütet wird und da sind wir nicht sehr gut“, weiß Fiala.

Die Zahl der Abbrüche beruht auf Schätzungen

Kein Thema werde so sehr politisch instrumentalisiert, meint die Generalsekretärin vom Verein „aktion leben österreich“, Mag. Martina Kronthaler. „Das geht so weit, dass nicht einmal eine Statistik über Abbrüche sachlich besprochen werden kann.“ Bei den Zahlen gibt es nur Schätzungen. Von etwa 25.000 bis 30.000 Abbrüchen pro Jahr geht Fiala aus.

„Viel zu hoch, mehr als 12.000 pro Jahr werden es nicht sein“, meint hingegen Hostenkamp, der als Vergleich Deutschland heranzieht, wo eine Meldepflicht für Abbrüche besteht.

Etwa 1.000 Frauen pro Jahr nehmen die Möglichkeit einer Beratung bei „aktion leben“ wahr, „zunehmend auch Männer“, sagt Kronthaler. „Die Entscheidung, Kind ja oder nein, ist dramatisch und weitreichend. Da wollen wir einen sicheren Raum bieten, in dem Frauen ohne Tabu, in Ruhe und ehrlich sich selbst gegenüber zu ihrer Entscheidung finden können“, erklärt sie. Letztendlich liege „die Entscheidung für oder gegen den Abbruch

immer bei der Frau allein“, sagt Kronthaler.

Generell müsse eine Beratung immer ergebnisoffen sein, meint auch Hostenkamp. „Unsere Patientinnen können nach dem Gespräch ein bis zwei Nächte darüber schlafen.“ Frauen, deren Gedanken sich immer wieder im Kreis drehen, rät er, eine Liste mit Pro und Contra zu verfassen. „Geht es um die Emotion, dann ist die Frage zielführend, ob sich die Frau einmal – auch nur kurz – über die Schwangerschaft gefreut hat.“ Die Antwort darauf könne sich die Patientin aber nur selbst geben. Insgesamt 15 Prozent würden sich laut Hostenkamp nach dem Erstgespräch oder dem bereits fixierten OP-Termin für die Schwangerschaft entscheiden.

„Eine ungewollte Schwangerschaft kann bei 35 Jahren Fruchtbarkeit im Leben einer Frau jederzeit passieren, wie ein Autounfall, und das Projekt Familie in jeder Lebensphase zum Entgleisen bringen“, weiß Fiala. Und dann brauche es eine rasche, unkomplizierte medizinische Versorgung.

„Deshalb sollte es die Abtreibungspille unbedingt rezeptfrei geben“, fordert er. Der Prozess durch die Abtreibungspille sei nicht von einem Spontanabort zu unterscheiden. „Und der passiert im Schnitt jeder Frau einmal im Leben. Frauen können das selbst managen und wenn sie Hilfe brauchen, gehen sie zum Arzt“, sagt der Gynäkologe. Rund 600 Euro, privat zu bezahlen, kostet ein Abbruch. „Kosten, die wir als Gesellschaft ebenfalls den Frauen umhängen.“ Die Schwangerschaft werde von den Männern verursacht, das sollten auch die Männer bezahlen, findet Fiala.

Die „aktion leben“-Generalsekretärin wünscht sich „einen reifen Umgang mit dem Thema, der das Dilemma des Schwangerschaftsabbruches sieht. Wer dieses aushält, muss nicht verdrängen, dass es um Frauenrechte ebenso geht wie um den Schutz des Lebens.“

Beides sei wichtig. „Die Fristenregelung und das Umsetzen positiver Maßnahmen bieten einen guten Rahmen, sich innerhalb dieses Dilemmas zu bewegen“, sagt sie. **Rz**

Die Fristenregelung

Am 1. Jänner 1975 trat die von der damaligen SPÖ-Regierung forcierte Fristenlösung in unserem Land in Kraft. Seit damals ist der Schwangerschaftsabbruch gesetzlich geregelt.

Gemäß § 97 StGB ist ein Schwangerschaftsabbruch nicht strafbar, wenn er ...

... innerhalb der ersten drei Monate nach Beginn der Schwangerschaft nach vorhergehender ärztlicher Beratung von einem Arzt vorgenommen wird.

... oder wenn medizinische Gründe vorliegen, etwa eine Fehlbildung des Fötus oder eine Gefahr für das Leben der Schwangeren oder die Schwangere zur Zeit der Schwängerung das 14. Lebensjahr (unmündig) noch nicht vollendet hat.

... oder wenn der Schwangerschaftsabbruch zur Rettung der Schwangeren aus einer unmittelbaren, nicht anders abwendbaren Lebensgefahr unter Umständen vorgenommen wird, unter denen ärztliche Hilfe nicht rechtzeitig zu erlangen ist.